

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 20

Berlin, den 14. Mai 1932

3. Jahrgang

Gegen den Abbau der städtischen Regie Kommunale Betriebsrätekonferenz in Sachsen

Die Bezirksleitung Sachsen veranstaltete am Himmelfahrtstage eine Konferenz von Betriebsräten der kommunalen Betriebe Sachsens mit dem Zweck, den Willen zur Erhaltung der Regiebetriebe in den Gemeinden kundzugeben. Anlaß zur Konferenz war ein Beschluß der bürgerlichen Landtagsmehrheit vom 9. Februar, wonach die sächsische Regierung die Gemeinden und sonstigen Körperschaften beauftragen sollte, einen planmäßigen Abbau eigener Regieunternehmen mit Ausnahme der kommunalen Versorgungsbetriebe vorzunehmen. An der Konferenz nahmen teil: 62 Delegierte, 6 sonstige Vertreter des Verbandes und 18 Vertreter von Behörden und Körperschaften.

Erster Bürgermeister Otto Uhlig, Radeberg, referierte über „Die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft“. Er schilderte die jüngste Entwicklung des Kampfes gegen die Regiebetriebe unter Berücksichtigung der Notverordnungen des Reiches und der Staatsregierung. Unter der Führung des Verbandes Sächsischer Industrieller wurde unter Hinweis auf Artikel 164 der Reichsverfassung zu einem Hauptschlag gegen die sächsischen Regiebetriebe ausgeholt. Angesichts der veränderten politischen Machtverhältnisse glaubte das Unternehmertum der sich anbahnenden Dergesellschaftung bzw. Sozialisierung der Wirtschaft erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen zu können. Die Gemeinden werden von der Wirtschaft vielfach lediglich als Ausbeutungsobjekt betrachtet, und die Girokassen der Gemeinden sind oft durch Kredite an die Wirtschaft in Schwierigkeiten geraten. Im Weltkrieg war die Gemeindegewirtschaft ein unentbehrlicher Faktor. — Mit geringen Händen versucht die Privatwirtschaft das kommunale Werkswesen zu erraffen. Der Mittelstand verdankt seine Existenz in der Hauptsache kommunaler Regie. Kommunale Regie ist nicht Sozialismus, aber ein Stück Gemeinwirtschaft, das sich dem Privatkapitalismus verweigert. Im Interesse der Volksgesamtheit muß der Kampf um die Erhaltung aller Regiebetriebe unter der Devise „Volkswohl ist das höchste Gesetz“ energisch geführt werden.

Kollege Stadtrat Kurpat, Dresden, nahm Stellung zu der Frage: „Warum müssen die Gemeinden eigene Betriebe unterhalten?“ An der Hand einer umfangreichen Zahl von Einzelfällen lieferte er den Nachweis, daß in der Privatwirtschaft, selbst bei einzelnen Berufsgenossenschaften und in einzelnen Betrieben vielfach Regiearbeit durchgeführt wird, daß aber bei Erteilung von Aufträgen durch die öffentlichen Körperschaften die Privatbetriebe wesentlich teurere und schlechtere Ausführung liefern. Der Referent war in der Lage, an Einzelfällen nachzuweisen, wie an Private vergebene Aufträge so schlecht ausgeführt wurden, daß nach kürzester Zeit erhebliche Schäden und Mängel auftraten. Er stellte fest, daß, soweit der Kampf gegen die Regiearbeit von der Unternehmerseite mit Grundätzen geführt werde, dieser Kampf nicht ehrlich sei, da die Privatwirtschaftler, wie er in zahlreichen Fällen nachweisen konnte, selbst nach Art der Regiebetriebe vorgingen. Die von den Vertretern der Wirtschaft behauptete Unrentabilität der Regiearbeit sei bisher noch nie und nirgends bewiesen worden. Im Gegenteil, soweit Berichte der öffentlichen Körperschaften vorliegen, sei durch diese festgestellt, daß die Regiebetriebe rentabler seien als andere Betriebe. — Kollege Kurpat warnte die Unternehmer, ihr Spiel zu weit zu treiben, da sonst die Arbeitnehmer gezwungen werden könnten, schärfere Maßnahmen zu ergreifen und schließlich auch das Material über die Ausbeutung der öffentlichen Körperschaften durch Privatunternehmer in vollem Umfange veröffentlicht werden dürfte, wenn die gegen-

wärtigen Hüter dieses Materials, Angestellte und Beamte, wegen Gefährdung ihrer Existenz dazu gezwungen würden.

Nach umfangreicher Aussprache, an der sich Landtagsabgeordneter Uhlig (SPD.), Kollege Kaufsch, Radeberg, Leupold, Plauen, Schäfer, Dresden, und der Schriftleiter Edel der „Sächsischen Gemeindezeitung“ beteiligten, wurde einstimmig folgende Entschliebung angenommen:

„Mit dem Rückgange der Vergebung von Arbeiten auf dem freien Arbeitsmarkt steigern die privaten Unternehmer und deren Organisationen ihren Kampf gegen die Wirtschaft der öffentlichen Hand. In zahlreichen Kundgebungen wird der Abbau der Regiebetriebe gefordert; Anträge zur Einschränkung und völligen Auflösung von gemeindlichen und staatlichen Betrieben sind in fast allen Parlamenten eingebracht worden; Denkschriften gegen die Regiebetriebe kommen allenthalben zur Verteilung. Ein wahres Trommelfeuer auf die öffentlichen Betriebe hat eingesetzt.

Die sächsische Staatsregierung hat inzwischen zu erkennen gegeben, daß sie, einem Landtagsbeschluß Rechnung tragend, durch eine Verordnung auf den Abbau von Regiebetrieben der Gemeinden hinwirken will. Eine entsprechende Anweisung an die Kreis- und Amtshauptmannschaften ist bereits erfolgt.

In dieser Situation erhebt die am 5. Mai 1932 im Kongreßsaal des Dresdner Volkshauses stattfindende Landeskonferenz der im Gesamtverband organisierten Betriebsräte der öffentlichen Betriebe vor aller Öffentlichkeit ihre warnende Stimme.

Nicht aus Eigennutz oder aus Gründen der Erhaltung des Arbeitsplatzes, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen fordert diese Landeskonferenz Erhaltung der öffentlichen Wirtschaft.

Aus der Entwicklung unseres Staats- und Wirtschaftslebens geborene Gründe zwingen zur Übernahme von Wirtschaftsaufgaben durch die öffentliche Hand. Das Bedürfnis, Aufgaben der Allgemeinheit auf lebensnotwendigen Gebieten zu erfüllen, wurde immer größer. Zu den sozialen und fürsorgelichen Aufgaben der Gemeinden gesellen sich in immer stärkerem Maße wirtschaftliche Verpflichtungen. Die Eigenart unseres gemeindlichen Lebens forderte immer stärkere Arbeitvergebung und Errichtung eigener Betriebe.

Durch die auf der Konferenz gehaltenen Vorträge ist nachgewiesen worden, daß Gemeinden bei Vergebung von Arbeiten an Unternehmer oft unerhört überbortelt worden sind. Es ist weiter festgestellt worden, daß es eine Reihe nicht vergabungsfähiger Arbeiten gibt, die in eigenen Betrieben ausgeführt werden müssen. Daneben werden in den Verwaltungen und Werkstätten der Städte eine Menge sogenannter Vertrauensarbeiten fällig, die nur in eigener Regie ausgeführt werden können. Regiebetriebe sind darüber hinaus aber auch nötig, um die immer wieder entstehenden Ringpreisbildungen der privaten Unternehmer zu zerstören und damit preisregulierend zu wirken. Mit aller Entschiedenheit tritt die Konferenz der Behauptung, die Regiebetriebe hätten während der Krise keine Opfer gebracht, entgegen. Durch umfangreiches auf der Konferenz vorgetragenes Material ist nachgewiesen worden, daß die Regiebetriebe unter der Finanznot der Städte ebenso schwer leiden, wie die privaten Unternehmer. Die Konferenz stellt weiter fest, daß die von interessierten Kreisen immer wieder aufgestellten Behauptungen, Regiebetriebe arbeiten nicht wirtschaftlich und seien viel teurer als private Unternehmungen, nicht den Tatsachen entsprechen. Erfahrungen lehren vielmehr, daß die öffentlichen Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit in technischer, kaufmännischer und sozialer Beziehung den privaten Unternehmungen keineswegs nachstehen, sondern ihnen oft sogar überlegen sind. Man sollte deshalb endlich auch aufhören, die Dinge so darzustellen, als blieben die Fähigkeiten der Leiter der öffentlichen Betriebe hinter denen der Privatindustrie zurück.

Breite Kreise der Öffentlichkeit würden es nicht verstehen, wenn durch Maßnahmen der sächsischen Staatsregierung der Lebensraum der gesunden öffentlichen Wirtschaft zwangsweise eingengt würde.

Die Konferenz fordert aus allen diesen Gründen Erhaltung der eigenen Betriebe der öffentlichen Hand. Sie tritt für stärkste Steigerung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit dieser Betriebe ein.“

Das Theater dem Volke!

Zu einer starken Demonstration und gleichzeitig zu einer erhebenden Feier gestaltete sich die große Kundgebung für die Erhaltung des Theaters, die am 5. Mai im Großen Schauspielhaus in Berlin veranstaltet wurde. Träger dieser Kundgebung waren die gewerkschaftlichen Spitzenverbände (ADGB, AfA-Bund und ADB), ferner der Verband der Volksbühnenvereine, die Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger, der Deutsche Musikerverband, Deutscher Chorsängerverband und Tänzerbund, Deutscher Arbeiter-Sängerbund und Sozialistischer Kulturbund. Eingeleitet wurde die Kundgebung mit der Ouvertüre zu der Oper „Oberon“ von Karl Maria von Weber, die von dem vereinigten Orchester der Staatsoper und der Städtischen Oper unter Leitung des Generalmusikdirektors Leo Blech intoniert wurde.

Wallauer, der Präsident der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger, eröffnete die Kundgebung mit einer kurzen Ansprache, in der er den Staat um Hilfe gegen den Verfall des deutschen Kulturtheaters anrief und die Versammlung zum Protest gegen weiteren Abbau der Theater aufforderte.

Unter großem Beifall sprachen hierauf Reichsarbeitsminister a. D. Dr. h. c. Wissell und Oberbürgermeister Brauer-Altona, die vom Standpunkt des Staatsmannes und der Kommunalverwaltung das Kulturtheater als Bildungsstätte feierten und es den Schulen gleichstellten. Hierauf beleuchtete Brodbeck, der Geschäftsführer des Volksbühnenverbandes, die soziale Seite des Theaterverfalls. Insbesondere redete er dem Regie- und gemeinnützigen Theater, gegen die Privat- und Pachttheater, das Wort. — Den stärksten Eindruck aber rief unser Kollege David Stetter hervor, der eindringlich darlegte, welches unentbehrliche Bedürfnis das Kunstleben und die Bühne als Bildungsstätte dem Arbeitnehmer ist, der in eintöniger Büro- und schwerer körperlicher Arbeit Stunden der Erholung, des Genusses und der geistigen Ablenkung bedarf. — Das Theater muß dem Volke erhalten bleiben! Das war der Tenor aller Reden, und Staat und Gesellschaft wurden von jedem Redner aufgefordert, alle Kräfte gegen den weiteren Abbau der Theater einzusetzen.

Tief bedauerlich und höchst beschämend für die Kommunisten war, daß auch diese ernste und doch erhebende Feiertunde von einigen ihrer Schreihälse, die sich besonders bei Stetters Rede bemerkbar machten, zu stören versucht wurde. Die Versammlung ließ sich allerdings nicht provozieren, sondern unterstrich um so lebhafter die Ausführungen Stetters. — Mit diesen KPD-Banausen rechnete Präsident Wallauer kurz ab. Er brachte dann folgende „Forderungen zur Erhaltung des Kulturtheaters“ zur Verlesung, denen einmütig zugestimmt wurde:

„Das Kulturtheater ist in höchster Gefahr. Seine dauernde Vernichtung kann nur dann verhindert werden, wenn sofort und mit Einsatz aller verfügbaren Mittel und Kräfte dem Abbau Einhalt geboten und jeder gangbare Weg zur Sicherung der noch vorhandenen gesunden Einrichtungen beschritten wird.

Das deutsche Theater kann seine gesellschaftliche Funktion nur erfüllen, wenn es von kultureller Verantwortung getragen wird und allen Volksschichten zugänglich ist.

Es dient in erster Linie dem Gedanken einer sozialen Kunstpflege und ist daher allen öffentlichen kulturellen Einrichtungen in jeder Hinsicht gleichzustellen.

Dieses Theater ist nur in der Form gemeinnütziger Unternehmungen unter Führung oder maßgebender Beteiligung der öffentlichen Hand möglich.

Dazu ist notwendig:

1. äußerste Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit in der Wirtschaftsführung der Theater,
2. eine auf den Erfordernissen der Bedarfsdeckung aufgebaute Planarbeit unter staatlicher Kontrolle und Hinzuziehung der an der Theaterwirtschaft beteiligten Organisationen,
3. systematische Publikumswerbung,
4. Förderung und rationeller Einsatz der kulturellen Besucherorganisationen,
5. strenge Führerauslese,
6. Sicherung angemessener Lebensbedingungen und gesunder, tariflich geregelter Arbeitsverhältnisse für die Angestellten und Arbeiter des Theaters,
7. Fixierung und langfristige Sicherung mindestens der kommunalen und staatlichen Minimalzuschüsse,
8. Bereitstellung und planmäßige Zuteilung von ausreichenden Staats- und Reichszuschüssen.“

Alfred Beierle rezitierte dann „Die Schaubühne als eine moralische Anstalt betrachtet“, eine Rede, die Friedrich Schiller in einer öffentlichen Sitzung der Kurfürstlichen Deutschen Gesellschaft zu Mannheim im Jahre 1784 gehalten hat, und die ihrem ganzen Inhalt nach auch noch auf die heutige Zeit paßt. — Mit Richard Wagners Arie „Verachtet mir die Meister nicht“ (gesungen von Walter Großmann) und dem gewaltigen Chor „Wacht auf!“ aus „Die Meisterfänger von Nürnberg“ (gesungen von den vereinigten Chören der Staatsoper und der Städtischen Oper) fand die eindrucksvolle Kundgebung ihr Ende.

Die Veranstalter dieser Demonstration werden nun alle Kräfte einsetzen müssen, daß die erhobenen Forderungen auch durchgeführt werden.
G. Renner.

Arbeitsbeschaffung in Theorie und Praxis

Der „Vorwärts“ vom 1. Mai enthält eine Notiz, wonach das Preußische Staatsministerium beabsichtigt, bei der Reichsregierung zwecks Einführung der 40-Stunden-Woche vorstellig zu werden. In ähnlichem Sinne hat sich auf dem Außerordentlichen Kongress des ADGB auch der Ministerpräsident, Genosse Braun, geäußert. Es bedarf wohl kaum besonderer Worte zur Begründung dieser Maßnahme. Wer die Arbeitsmarktlage der letzten Monate in Verbindung mit der technischen Entwicklung aufmerksam verfolgt hat, der wird zugeben müssen, daß selbst die Einführung der 40-Stunden-Woche nicht mehr ausreicht, um den 6 Millionen Menschen wieder Arbeit zu verschaffen. Der deutsche Produktionsapparat ist so eingestellt, daß selbst bei erheblicher Steigerung des Exports und gewaltiger Hebung des inneren Konsums, der leider nicht einmal bemerkbar ist, die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte nicht mehr gebraucht werden. Also konnte man sagen: Bravo, Preußen, daß du endlich den Mut hast, das Kind beim Namen zu nennen. Nur schade, daß auch in den preußischen Ministerien die Praxis so außerordentlich weit von der Theorie entfernt ist. Wir haben in den letzten Wochen über diese Dinge mit Absicht geschwiegen, das aber noch länger zu tun verbietet uns nicht nur unser gewerkschaftliches Interesse, sondern auch reine Menschlichkeitsgründe, und da gilt es ganz offen auszusprechen, was wahrscheinlich die maßgebenden Minister im einzelnen nicht wissen können, nämlich daß unsere Ministerialbürokratie, die auch größtenteils in Preußen an reaktionärer Gesinnung kaum zu überbieten ist, in den letzten Monaten nicht das geringste getan hat, um die Arbeitsmarktlage zu verbessern. Ungefähr um die Jahreswende herum haben wir, geleitet von dem Gedanken, arbeitslosen Menschen Arbeit zu ver-

schaffen, eine Vereinbarung getroffen, wonach über 65 Jahre alte Personen aus den Betrieben auszuscheiden haben und dafür neue Kräfte eingestellt werden sollen. Die Verwaltungsbürokratie hat aber in der Praxis wohl die alten Arbeiter entlassen, aber dafür keine neuen eingestellt.

Im Kultusministerium haben wir — wiederum geleitet von dem Gedanken, Arbeitskräfte in Arbeit zu bringen — ab 1. Januar für das Pflegepersonal in den Kliniken die 48-Stunden-Woche durchgeführt. Wir haben gleichzeitig den Antrag gestellt, diese Arbeitszeitverkürzung auch für die Ordensschwestern, Rote-Kreuz-Schwester und ehemalige Charité-Schwester durchzuführen. Das ist von der Bürokratie des Kultusministeriums rundweg abgelehnt worden. Aber nicht nur das, man hat im Kultusministerium auch noch dafür gesorgt, daß selbst die vom Finanzministerium bewilligten Mehreinstellungen nicht durchgeführt wurden. Ja, man ist sogar noch weitergegangen, man hat von den durch die Arbeitszeitverkürzung zur Einstellung gekommenen Personen auf Veranlassung des Ministerialdirektors Dr. Richter ein Teil Personal wieder entlassen. Das nennt man Entlastung des Arbeitsmarktes. Will man also den Antrag des Preußischen Staatsministeriums in die Praxis umsetzen, und wir haben keine Ursache, daran zu zweifeln, daß es damit dem Preußischen Kabinett durchaus ernst ist, dann ist Voraussetzung, der Ministerialbürokratie zum Bewußtsein zu bringen, daß sie nicht dazu da ist, den guten Willen des Kabinetts dauernd zu sabotieren, sondern ihn auch entsprechend in die Tat umzusetzen.

Man soll uns nicht mit der faulen Ausrede kommen, daß kein Geld vorhanden ist. Bei einigermaßen gutem Willen sind diese paar hunderttausend Mark, die die Geschichte gekostet hätte, in

Preußen schon noch aufzubringen, zumal es heute, besonders in den Kliniken, so aussieht, als ob mit diesem Personal der Betrieb mit dem besten Willen nicht aufrechterhalten werden kann. Die Folge davon ist, daß das Personal jetzt im Gegensatz zu früher nur 48 Stunden bezahlt erhält, dafür aber dieselbe Arbeit leisten muß, die vor der Einführung der 48-Stunden-Woche bei 54stündiger Arbeitswoche geleistet worden ist. Wir möchten besonders den maßgebenden Herren im Kultusministerium empfehlen, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob es in den Klinik- und Universitätsverwaltungen nicht noch andere Sparmaßnahmen gibt. Allerdings wird man diese Sparmaßnahmen nicht dadurch erzielen können, daß man von Berlin aus vertrauliche Rundschreiben an die Direktoren der einzelnen Kliniken schickt, sondern daß man an Ort und Stelle und unter Hinzuziehung des Betriebsrats Prüfungen vornimmt, wo Einsparungen gemacht werden können.

Landstraßenwärter

40 000 Arbeiter beim Straßenbau in der Tschechoslowakei beschäftigt. Im Vorjahre sind in der Tschechoslowakei Straßenbauten mit einem Gesamtaufwand von 500 Millionen Kronen durchgeführt worden. Von diesem Betrage entfielen auf Arbeiterlöhne rund 85 Millionen Kronen oder 17 Prozent, die Löhne der bei den Lieferfirmen beschäftigten Arbeiter kann man mit rund 75 Millionen veranschlagen. Rechnet man zu diesen Beträgen noch die entsprechende Summe von 15 Millionen Kronen für Versicherung der Arbeiter hinzu, so ergibt sich, daß durch diese Arbeiten insgesamt 175 Millionen Kronen oder 35 Prozent des Gesamtbetrages der Arbeiterschaft zugute gekommen sind. Insgesamt waren im Vorjahre etwa 40 000 Arbeiter beim Straßenbau beschäftigt.

GAS • ELEKTRIZITÄT • WASSER

Museum der Wasserwerke. Anlässlich der Tagung des Märkischen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern wurde das von der Berliner Städtischen Wasserwerke AG. auf dem Grundstück des Altköniglichen Wasserwerkes Westend auf dem Spandauer Berg in einem ehemaligen Maschinenhaus errichtete „Museum der Wasserwerke“ der Öffentlichkeit übergeben. Voraussetzungen für die Errichtung des Museums waren die vielen im Besitz der Stadt befindlichen wertvollen Modelle, Darstellungen und Probestücke aus den beiden Ausstellungen „Gas und Wasser Berlin 1929“ und „Deutsche Bauausstellung Berlin 1931“ sowie das Vorhandensein eines geeigneten Gebäudes zur Unterbringung der Sammlung. Das ehemalige neben dem Charlottenburger Krankenhaus auf dem Westender Berg mitten in gärtnerischen Anlagen gelegene Maschinenhaus, das früher fünf große Dampfmaschinen beherbergte, ist für seine neue Bestimmung vollkommen, und zwar mit verhältnismäßig geringen Mitteln, renoviert worden und hat eine durchaus gelungene vorbildliche Umgestaltung erfahren. Das Mittelstück der großen Haupthalle bildet ein riesiges Relief von Groß-Berlin, in das verschiedene Werke, die Dienststellen und die Hauptrohrleitungen der Wasserwerke in Form von verschiedenartig leuchtenden Körpern und Röhren eingebaut sind. Flankiert wird das Relief von zwei großen die Betriebs- und Leistungsverhältnisse der Städtischen Wasserwerke zahlenmäßig und graphisch darstellenden Orientierungstafeln. Die hintere Längswand des Raumes schmücken die erleuchteten Dioramen mehrerer Groß-Berliner Wasserwerke, wie Müggelsee, Lichtenberg und Spandau. Ein Leuchtsaal demonstriert die Leistungen der einzelnen Werke. Eine durch zwei Treppenaufgänge zu erreichende Galerie zeigt eine sehr interessante Sammlung von Erinnerungstücken aus der Zeit der Gründung der Wasserwerke durch die Engländer im Jahre 1856. Ein zweiter Raum, der früher als Kesselraum gedient hat, enthält neben einem großen Panorama „Der Kreislauf des Wassers in der Natur“ und „Die Wasserversorgung Deutschlands“ Modelle der beiden Werke Stolpe und Wuhlheide und Proben der bei dem Städtischen Wasserwerke üblichen Brunnenfilter. Der Zweck des Museums, eine umfassende Darstellung der Berliner Städtischen Wasserwerke, ihrer Entwicklung und Leistungsfähigkeiten, ihrer Bauten und maschinellen Anlagen und ihrer Organisation zu geben, konnte kaum besser erfüllt werden, zumal die Räumlichkeiten jederzeit noch erweiterungsfähig sind.

Gaszerzeugung und Gasverbrauch in der Tschechoslowakei. Die Zahl der in der Tschechoslowakei in Betrieb befindlichen Gaswerke betrug im Jahre 1930 64, von denen eins im Besitz der Staatsbahnen, 16 im Privatbesitz und die übrigen im Gemeindebesitz standen. Erzeugt wurden insgesamt 115 091 972 Kubikmeter Gas, um 6 716 327 Kubikmeter oder 6,2 Proz. mehr als im Vorjahr. Die Zunahme der Gasproduktion in dem Jahr fünf seit 1925 betrug 44 Proz. Die Länge der Gasleitungen ist im Jahre 1930 gegenüber 1925 um 1085,73 Kilometer auf 29 799,33 Kilometer gewachsen. Auch die Zahl der Abnehmer ist bedeutend gewachsen. Sie

betrug 224 023 Haushaltungen. Auf jeden Bewohner der Städte mit Gasversorgung entfiel in dem genannten Jahre eine Gasproduktion von 43,2 Kubikmeter und ein Gasverbrauch von 35,6 Kubikmeter. Zieht man die Gesamtbevölkerung der Tschechoslowakei in Betracht, so entfallen noch immer auf jeden einzelnen Einwohner 7,8 Kubikmeter produzierten und 6,4 Kubikmeter konsumierten Gases.

RUNDSCHAU

Gesunder Reichskonzern. Die im Reichsbesitz befindliche Vereinigte Industrie-Unternehmungen A.-G. (Diag) legt für das am 31. März beendete Geschäftsjahr 1931/32 eine erfreulich gesunde Bilanz vor. In der Diag, die eine reine Verwaltungsgesellschaft (Holding-Unternehmen) darstellt, sind sämtliche Unternehmungen, die dem Reich 100prozentig gehören, bzw. die Beteiligungen, die das Reich an Unternehmungen genommen hat, zusammengefaßt. Die Dividendeneinnahmen der Diag aus ihren Tochtergesellschaften und Beteiligungen sind im Berichtsjahr von 14,67 auf 12,33 Millionen nur gering zurückgegangen. Andererseits konnten die Unkosten und Steuern um mehr als 16 Proz. auf 0,61 Millionen Mark und die Zinslasten von 3,75 auf 2,68 Millionen Mark abgebaut werden. Von den ausgewiesenen Dividendeneinnahmen wurden 3 Millionen vorweg für Abschreibungen und Rückstellungen verwendet, während im vergangenen Jahr für den gleichen Zweck 3,6 Millionen Mark abgesetzt wurden. Der Reingewinn erscheint mit 9,46 gegen 10,60 Millionen Mark, woraus eine Dividende von 5 gegen 7 Proz. im Vorjahr ausgeschüttet wird. — Die einzelnen Bilanzposten sind im Geschäftsbericht bis ins kleinste erläutert worden und die großen privatkapitalistischen Konzerne, die nach wie vor bestrebt sind, der Öffentlichkeit jeden näheren Einblick in ihre Vermögensverhältnisse zu verwehren, sollten sich hieran ein Beispiel nehmen. Zu dem wichtigsten Bilanzposten „Beteiligungen“, der mit 242,5 Millionen Mark erscheint, bemerkt der Bericht, daß diese als Daueranlagen unabhängig vom Börsenkurs vorsichtig bewertet worden sind. Sollten sich bei einzelnen Beteiligungen weitere Wertberichtigungen notwendig erweisen, so stehen für diesen Zweck stille Reserven in Höhe von 6 Millionen sowie die Sonderrücklage von 4,2 Millionen zur Verfügung. Die genannten 6 Millionen stiller Reserven sind in der vorliegenden Bilanz von dem Gesamtwert der Beteiligungen einheitlich abgezogen worden. Forderungen haben sich von 34,3 auf 47,1 Millionen erhöht. Die Steigerung ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Diag den Reichselektrowerken für die Beteiligung an der Berliner Kraft- und Licht-A.-G. die entsprechenden Mittel vorgezogen hat. — Das Aktienkapital erscheint jetzt nach der letzten Kapitalerhöhung mit 180 Millionen Mark. Gesetzliche Rücklage und Sonderrücklage zusammen betragen 43 Millionen Mark. Von den 34,7 Millionen Schulden, die überwiegend Bankverpflichtungen darstellen, fallen 32,4 Millionen als Auslandsschulden unter das Stillhalteabkommen. — Der vorliegende Abschluß zeigt die starke Widerstandsfähigkeit, die der Reichskonzern in der Krise aufgebracht hat. Das Schmerzenskind der Diag seit dem Beginn der Krise war die Deutsche Industrie-Werke A.-G. in Spandau, die bekanntlich aus den früheren Heereswerkstätten hervorgegangen ist. Dieses Unternehmen wies im vergangenen Geschäftsjahr einen Millionenverlust aus. Hier hat die Diag durch Kapitalzulagen, für die sie 9 Millionen Aktien zur Verfügung stellte, sowie durch einen Barschuß von 2 Millionen erhebliche Opfer bringen müssen. Die Gesellschaft hat aber für diese Sanierungsmaßnahmen bereits in früheren Bilanzen die erforderlichen Rückstellungen und Abschreibungen vorgenommen, so daß die Spandauer Verlustquelle keine Bilanzbelastung für die Diag mehr darstellt.

Die Rentabilität der Dieh- und Schlachthöfe. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts über die Einnahmen der Gemeinden aus den Dieh- und Schlachthöfen geht hervor, daß im Geschäftsjahr 1929/30 ein Reinüberschuß von rund 5,8 Millionen Mark aus den Schlachthöfen herausgewirtschaftet wurde. Die Gegenüberstellung mit der Dorkriegszeit ergibt, daß 1913/14 ein Zuschuß von 648 000 Mk. erforderlich war, während seit 1925, wo die Einführung der stabilen Währung wieder einen ordentlichen Haushalt ermöglichte, dauernd Ueberflüsse erzielt wurden. Die Ueberflüsse betragen 1925/26 rund 3 Millionen, 1926/27 rund 2,9 Millionen, 1927/28 rund 4,7 Millionen, 1928/29 rund 6,4 Millionen und 1929/30 rund 5,8 Millionen Mark. Einen besseren Beweis für die Rentabilität der Regiebetriebe als diese Tatsache kann es nicht geben. In Preußen sind die Hauptüberflugsgebiete die Rheinprovinz, wo die Schlacht- und Diehhöfe einen Reingewinn von rund 1,5 Millionen Mark abwerfen, dann Hessen-Nassau mit einem Reinüberschuß von 659 000 Mk., Niederschlesien mit 275 000 und Pommern mit 206 000 Mk. Mit diesem Ergebnis können sich die Dieh- und Schlachthöfe sehen lassen. Es widerlegt das Märchen, daß die Regiebetriebe nur Zuschußbetriebe seien. Selbst die „Fleischer-Zeitung“ muß angesichts dieser Tatsache schreiben: „Jedenfalls haben es die Gemeinden in der Nachkriegszeit verstanden, ihre Schlacht- und Diehhöfe äußerst rentabel aufzuführen, so daß sie als Erwerbsbetriebe heute eine Rolle spielen, die ihnen ursprünglich nie zugehört war.“

GÄRTNEREI · PARK · FRIEDHOF

Die Tarifbewegungen nach dem 30. April

Bekanntlich sind ab 1. Januar durch die Notverordnung alle Tariflöhne um 10 Proz., teilweise noch darüber, gesenkt. Dadurch sind die Löhne nicht nur auf den Stand von Anfang 1927, sondern in manchen Bezirken auf den Stand von Mitte 1925 herabgedrückt. Trotzdem sind die Unternehmer noch nicht zufrieden. Sie benutzten den Ablauf der Lohnverträge am 30. April, um diese zu kündigen und weitere Lohnsenkung zu verlangen.

Das ist besonders deshalb beachtlich, weil die Mehrzahl unserer Unternehmer Nazis sind und mehr oder weniger offen für die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei eintreten. Diese Partei sucht immer Vertretung von Arbeiterinteressen vorzutäuschen. Schrieb doch das Berliner Naziorgan „Der Angriff“ am 29. April in einer großen Schlagzeile „Neue Verleumdungswelle gegen die Arbeiterschaft, SPD. toleriert“. Man entrüstet sich in dem Artikel über die Kündigung der Lohnverträge für die Gastwirtsangestellten, Bauarbeiter usw. Daraus müßte man eigentlich den Schluß ziehen, daß jeder Unternehmer, der Nazi ist, sich mit allen Kräften gegen den weiteren Lohnabbau wendet. Doch sind gerade die Nazi-unternehmer die Rufer im Streit. Sie schimpfen auf die hohen Sozialausgaben, die hohen Löhne, die geregelte Arbeitszeit, auf die Urlaubsbestimmungen und fordern Beseitigung jeglicher tariflicher Bindung. Man sieht, Theorie und Praxis sind zwei sehr verschiedene Dinge, ganz besonders bei unseren Unternehmern.

In unserem Beruf wurden fast sämtliche Lohnverträge gekündigt; die Verhandlungen sind noch in vollem Gange. Im allgemeinen wollen die Unternehmer einen tariflosen Zustand. Im Rheinland wurde ein Lohnabbau von 15 Proz. gefordert. Verhandlungen vor dem Schlichter ergaben eine Vereinbarung, nach der für die Landschafts- ein Abbau von 3 bis 6 Pf., für die Erwerbsgärtnerei von 1 bis 3 Pf. erfolgen sollte; die Arbeitgeber haben jedoch nachträglich abgelehnt. — In Sachsen wird gefordert: Verlängerung der Arbeitszeit für vier Monate von neun auf zehn Stunden (!). Ermäßigung des Ueberstundenzuschlages, Herabsetzung des Urlaubs und Lohnsenkung um 7 Proz. Am 10. Mai wird vor dem Schlichter verhandelt. — In Westfalen waren für den 29. April Verhandlungen vor dem Schlichter angesetzt, die Unternehmer waren aber nicht erschienen. Neuer Termin ist für den 9. Mai unter Strafandrohung festgesetzt. — In Bayern ist ein Schiedsspruch beiderseits angenommen worden, der vorsieht: Senkung der Löhne für die Landschafts- und Erwerbsgärtnerei um durchschnittlich 7 Proz. Der Spitzenlohn für Landschaft soll 85 Pf., für die Erwerbsgärtnerei 68 Pf. betragen. Die Dauer der Vereinbarung ist bis zum 31. Dezember d. J. vorgesehen. Für die bayerischen Staatsgärtner soll der bisherige Lohnverträge wie in allen anderen Staatsbetrieben bestehen bleiben. Erstmalige Kündigung ist am 1. Juni zum 31. Juli möglich. — In Frankfurt a. Main fällt der Schlichtungsausschuß einen Spruch, wonach die Löhne in der Landschaftsgärtnerei um 2 Pf., in der Erwerbsgärtnerei um 1 Pf. gesenkt werden. Laufdauer bis 31. August 1932. — In Hannover ist der Lohnverträge für die Landschaftsgärtnerei auf unbestimmte Zeit verlängert. Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage, zu Ende einer jeden Lohnwoche. — Die Lohnverträge für die Baumschule Späth und die Erwerbsgärtnerei Berlin sind zunächst bis zum 20. Mai verlängert. In der Berliner Landschaftsgärtnerei besteht seit dem 1. Mai ein tarifloser Zustand. Die Unternehmer verlangen einen Lohnabbau von 113 auf 95 Pf. — In Württemberg hat man den Lohnverträge zunächst bis 31. Mai verlängert.

Die Verhandlungen für die Landschaftsgärtnerei in Stuttgart sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Es wird verhandelt über einen Spitzenlohn von 85 Pf. Für die Landschaftsgärtnerei in Braunschweig ist der bisherige Lohnverträge verlängert. Er kann mit vierwöchiger Frist zum Ende einer jeden Lohnwoche gekündigt werden. — Für den Blumen- und Pflanzenbau des Freistaates Braunschweig ist eine Kündigung des Lohnvertrages nicht erfolgt, so daß die alten Löhne weiter gelten.

Der Reichslohntarif für die Blumengeschäfte ist zum 30. April abgelaufen. Die Blumengeschäftsinhaber weigern sich, einen neuen Vertrag abzuschließen. — Für die Stuttgarter Blumengeschäfte ist ein Lohnverträge bis zum 30. September abgeschlossen. — Der Lohnverträge für die Blumengeschäfte in Hamburg ist zunächst auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

In schwerster Krise erfolgreiche Werbearbeit

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Laufe des Frühjahrs kaum vermindert, und doch zeigt die Arbeit zahlreicher Vertrauensleute, daß man auch in einer solchen ungünstigen Zeit Erfolge erzielen kann. Einige Beispiele, die uns in den letzten Tagen zuzugingen, mögen das beweisen.

Eine Werbeversammlung in Zittau war von 40 Personen besucht, darunter eine Anzahl Jugendliche. Die Versammlung war von ausgezeichnetem Geist besetzt. Neue Mitglieder und Fachblattleser wurden gewonnen. — Auf dem Friedhof Stahnsdorf bei Berlin wurden in einer Betriebsversammlung 15 Neuaufnahmen gemacht. — Eine Werbeversammlung in Stettin, in der Kollege Busch sprach, zeigte gegenüber den bisherigen Versammlungen einen guten Besuch. Die ausgedehnte Diskussion zeigte, daß allseits die Notwendigkeit intensiver Arbeit anerkannt wurde. — In Chemnitz fand eine gut besuchte Versammlung mit einem Lichtbildvortrag „Die Behandlung der Obstbäume“ statt. Die Stimmung der Versammlung gibt gute Belebung für die weitere Ausdehnung der Fachgruppe. — In Seehof bei Berlin rief ein Lokalverein „Hortikultura“ eine Versammlung ein, zu der unsere Kollegen eingeladen und zahlreich erschienen waren. Ein Referent bemühte sich, über Düngungsfragen Neuigkeiten zu bringen. Als ihm in der Diskussion seine falsche Ansicht über die wirtschaftliche Entwicklung in der Gärtnerei nachgewiesen wurde, wollte er die Diskussion verbieten, weil Politik in ihren Versammlungen nicht statthaft sei!! Der Mann entpuppte sich als ein Mitglied der RGO. Die Versammlung hat ausgezeichnet für uns gewirkt. — Die Fachblattwerbung hat in den ersten Wochen des Monats April gute Erfolge erzielt. So wurden z. B. durch den Kollegen Arfert in Altona neun Bezieher gewonnen. Köln meldete elf, Hannover sechs neue Fachblattbezieher. Schon diese wenigen Zahlen beweisen, daß auch in der jetzigen Situation neue Leser für das Fachblatt gewonnen werden können.

Aus der Arbeit der Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaues

Die Notgemeinschaft besteht seit Ende vorigen Jahres. In ihr sind alle maßgebenden Berufsverbände vertreten. In einer Vertreterversammlung referierte Prof. Ebert vom Reichsverband des deutschen Gartenbaues über die Kontingentierung der Einfuhr von Gartenbau-Erzeugnissen. Nach einer eingehenden Aussprache wurde der geschäftsführende Ausschuß mit der weiteren Bearbeitung der Angelegenheit beauftragt. Dieser Ausschuß nahm dazu nochmals Stellung und beschloß, eine Entschließung den gesetzgebenden Körperschaften und zuständigen Ministereien zu unterbreiten, in der es u. a. heißt:

„... Die Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaues fordert dringlich, nach dem Beispiel anderer Staaten und zur Abwehr ihrer gleichgerichteten Maßnahmen beschleunigt eine Einfuhrkontingentierung nach Maßgabe der deutschen Erntemöglichkeiten und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auch deutsche Gemüse- und Obstkonferven heimische Ernteerzeugnisse enthalten, und die Winterversorgung des Volkes zu angemessenen Preisen sicherzustellen vermögen.

Die Einfuhrkontingentierung bietet die sicherste und gerechteste Möglichkeit, auf der einen Seite überflüssige Einfuhrgüter fernzuhalten und auf der anderen Seite eine Uebervorteilung der Verbraucherschaft zu verhindern.

Der durch die Schaffung einer planmäßigen Einfuhrkontingentierung dem heimischen Gartenbau gewährte Schutz sichert diesen nicht nur vor weiterem Zusammenbruch, sondern schützt auch die Arbeitnehmerschaft vor weiteren Entlassungen. Er bietet im Gegenteil die Möglichkeit zu Neueinstellungen von Arbeitskräften und gibt erst die Voraussetzungen für eine planmäßige gärtnerische Siedlung.“

In gleicher Weise wurde behandelt „Die Not in den öffentlichen und privaten Gartenanlagen“ von Herrn Gartenamtsleiter Martin, Berlin. Die Entschließung hierzu wie auch sonstige Maßnahmen zur Verhinderung des weiteren Abbaues der öffentlichen Betriebe werden in der nächsten Zeit veröffentlicht. Der Ausschuß beschäftigt sich ferner in nächster Zeit mit der Frage der Arbeitsbeschaffung in der Gärtnerei.